

APD INFORMATIONEN DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

Nachrichtenagentur APD – Adventist Press Service
ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

1/2014
Januar 2014
31. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Deutschland	„Misstrauen und Gleichgültigkeit gelebte Gnade entgegensetzen“	Seite 1
	125 Jahre adventistische Buchevangelisation in Deutschland	Seite 2
	Erneut „Grüner Haken“ für Senioren- und Pflegeheim „Haus Wittelsbach“	Seite 4
	„Familie unter Druck“	Seite 4
	„Hänsel und Gretel“ – Wohlfahrtsmarken 2014	Seite 5
	Christlicher Gesundheitskongress 2014 in Bielefeld	Seite 5
	„Die Zukunft, die wir meinen – Leben statt Zerstörung“	Seite 6
International	Weltweit über 18 Millionen Adventisten	Seite 7
	Freispruch und Entlassung für adventistischen Pastor Monteiro	Seite 8
	Cyberkriminelle stehlen adventistischer Weltkirchenleitung 500.000 US-Dollar	Seite 9
	Index der Christenverfolgung: Nordkorea vor Somalia und Syrien	Seite 9
	Rassismus, Diskriminierung, Intoleranz und Extremismus	Seite 11
	Präsidiumswechsel im Ökumenischen Rat der Kirchen in Österreich	Seite 12
	Christen bilden nicht länger Bevölkerungsmehrheit in Neuseeland	Seite 15
ADRA	Integration syrischer Flüchtlingskinder in jordanische Schulen	Seite 16
Bibel	Die Bibel für Sehbehinderte in Costa Rica	Seite 17
Buchrezension	Chris Paul, „Keine Angst vor fremden Tränen!“	Seite 18
	Zwickel Wolfgang, „Leben und Arbeit in biblischer Zeit“	Seite 18
	„Jahrbuch zur Verfolgung und Diskriminierung von Christen heute – 2013“	Seite 19

Impressum:

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

- Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,
Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
- Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland
Postfach 4260, 73745 Ostfildern
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60,
E-Mail: info@apd.info
Holger Teubert (verantwortlich), Dr. Wolfgang Tulaszewski (stellvertretend),
Brunhilde Teubert
- Erscheint: Monatlich und zu aktuellen Anlässen.
- Druck: PR-Druck, 20539 Hamburg
Als Manuskript gedruckt.
- Bezugspreis: Privatabonnements 50,00 Euro jährlich (inkl. Porto).
- Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach 104, CH - 4020 Basel
Telefon +41-61-3117370
E-Mail: APD-CH@apd.info
Herbert Bodenmann (verantwortlich)
- Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring,
Maryland 20904-6600, USA
Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312
E-Mail: costaw@gc.adventist.org
Williams S. Costa Jr. (verantwortlich)
- „adventisten heute“, Pulverweg 6, 21337 Lüneburg
Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502
E-Mail: info@advent-verlag.de, Internet: www.advent-verlag.de
Elí Díez-Prida (verantwortlich)

APD-INFORMATIONEN online: <http://www.apd.info>

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD“. Das © Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD © ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.

Konto: Stuttgarter Volksbank Konto Nr. 227 385 004 (BLZ 600 901 00)



Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie über 18 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 208 Ländern der Erde. In Deutschland sind 35.000 Mitglieder in 563 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.

Deutschland

„Misstrauen und Gleichgültigkeit gelebte Gnade entgegensetzen“ Satellitengottesdienst der Adventisten in Deutschland

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 21.01.2014/APD „2014 ist ein Jahr der Erinnerung“, betonte der Präsident der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Süddeutschland, Pastor Günther Machel (Ostfildern bei Stuttgart), am 18. Januar beim diesjährigen Satellitengottesdienst. Er sprach zusammen mit dem Präsidenten der Adventisten in Nord- und Ostdeutschland, Pastor Johannes Naether (Hannover), über das Jahresmotto 2014 der Freikirche, das dem letzten Buch der Bibel aus Offenbarung 22,21 entnommen ist: „Die Gnade unseres Herrn Jesus sei mit allen!“ (Gute Nachricht Bibel). Der Gottesdienst wurde aus dem großen TV-Studio des adventistischen Medienzentrums „Stimme der Hoffnung“ in Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt in etwa 350 Adventgemeinden Deutschlands übertragen. Er war zudem live im Fernsehprogramm des „Hope Channel“ über den Satelliten ASTRA zu sehen und wurde auch von über 350 Nutzern im Internet per Livestream abgerufen. In das Fernsehbild war die Übersetzung in die Gebärdensprache für Hörgeschädigte eingeblendet.

Pastor Machel erinnerte daran, dass vor einhundert Jahren der Erste Weltkrieg begann. Am 28. Juni 1914 wurde der österreichische Thronfolger Erzherzog Ferdinand in Sarajewo ermordet. Der darauf folgende Krieg sei „gnadenlos“ gewesen, so Machel. „Dem einen Toten folgten etwa zehn Millionen Tote und 20 Millionen Verletzte.“ Diesem Krieg folgte nur 21 Jahre später der zweite globale Krieg mit etwa 60 bis 70 Millionen Toten. „Gnadenlos wurden Menschen während der Nazizeit auf den Schlachtfeldern und in den KZs getötet.“ „Gnadenlos“ bedeute unbarmherzig, kalt, rücksichtslos und brutal. „Als Christen kann uns das Wort ‚gnadenlos‘ nicht gefallen“, hob Machel hervor. Deshalb das Jahresmotto, welches im letzten Text der Bibel stehe: „Die Gnade unseres Herrn Jesus sei mit allen!“ „Mit allen“ bedeute, dass alle Menschen angesprochen würden, nicht nur die Christen.

Christen in aller Welt redeten oft genug von der Gnade, aber lebten sie diese auch?, fragte Machel. Oder seien Gnade, Barmherzigkeit und Friedfertigkeit für den Alltag nicht zu gebrauchen? Es wäre auch heute noch möglich, ohne Gewalt Veränderungen zu erreichen. Machel nannte als Beispiel den Fall der Berliner Mauer 1989. „Christen waren an diesem einmaligen Ereignis maßgeblich beteiligt. Wir erinnern uns an die Leipziger Friedensgebete und Montagsdemonstrationen. Kerzen statt Waffen.“

Mauern könnten auch ohne Gewalt und Krieg fallen. Nicht nur in der Politik, sondern auch im Beruf oder im privaten Bereich. „Das sollten wir unseren Kindern vermitteln.“ Machel forderte auf, „profitgierigen Softwareunternehmen“ nicht länger Raum zu geben, um Kinder durch immer spektakuläre Computerspiele auf Gewalt einzustimmen. Nach dem Motto: „Je mehr Feinde auf dem Bildschirm abgeknallt werden, desto erfolgreicher soll sich der Anwender fühlen.“ Solange es Streit, Krieg und Verletzungen unter uns gebe, solange könnten und dürften wir nicht aufhören, über die Gnade des Herrn Jesus nachzudenken. „Sie will uns begleiten und verändern“, so Machel.

Pastor Johannes Naether erinnerte an die Enthüllungen durch Edward Snowden über den amerikanischen Geheimdienst NSA im letzten Jahr. Ganze Gesellschaftssysteme

würden immer durchsichtiger und verletzbarer. Informationen würden wie wertvolle Rohstoffe gehandelt, Schnüffeleien seien an der Tagesordnung, und unter Freunden entstehe eine nagende Kultur des Misstrauens.

Auch wir würden mit Informationen überhäuft. Es schrecke uns hoch, wenn Hunderte Menschen vor der Küste Europas jämmerlich ertrinken und wir mit so viel Elend konfrontiert würden. Dennoch gebe es die unbestimmte Angst um unseren eigenen Wohlstand; eine Angst, die näher auf uns zukomme, je mehr sogenannte „Arbeitsflüchtlinge“ bei uns aufgenommen werden sollten. „Wenn kümmern diese Menschen?“, fragte Naether. Unsere Gesellschaft spalte sich immer mehr in Nischengruppen auf, um unter sich zu leben. Auch eine Kirche könne sich in eine Nische zurückziehen.

„Als Menschen leben wir aus der Gnade Gottes und empfangen seinen Frieden, weil er sich uns in Jesus Christus zugewendet hat“, betonte Naether. Totalüberwachung, Misstrauen und Gleichgültigkeit sollten Christen gelebte Gnade, Frieden und Barmherzigkeit entgegensetzen. (3.748 Zeichen)

125 Jahre adventistische Buchevangelisation in Deutschland

Ostfildern u. Lüneburg, 21.01.2014/APD Auf 125 Jahre Buchevangelisation blickt die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland zurück. Im 18. und 19. Jahrhundert waren sogenannte „Kolporteurs“, welche mit gedruckten Schriften durchs Land zogen, die wichtigsten Literaturlieferanten und Nachrichtenübermittler für die ländliche Bevölkerung. Die Kolportage wurde im 19. Jahrhundert auch ein bedeutendes Instrument für die christliche Mission. Bibeln, religiöse Traktate, gedruckte Predigtsammlungen sowie andere christliche Literatur wurden von Kolporteurs verkauft und damit bis in die entlegensten Gegenden gebracht. Bei solchen Reisen führten die Kolporteurs auch Hausgottesdienste durch und hielten „Bibelstunden“.

Beginn 1888 in Stuttgart

Im Jahr 1888 ermutigte der Leiter der Siebenten-Tags-Adventisten in Mitteleuropa, Ludwig Richard Conradi (1856-1939), die Prediger Emil Frauchiger (1865-1941) und Gerhard Perk (1859-1930), mit der Kolportage in Deutschland zu beginnen. Sie mieteten sich in Stuttgart ein Zimmer und erlangten die Genehmigung zum Verkauf von Büchern. Mit fünf weiteren Helfern besuchten sie die Menschen in der Stadt sowie den umliegenden Orten und verbreiteten in kurzer Zeit über 2.500 Exemplare von „Das Leben Christi“ sowie Tausende Broschüren. 1889 begann eine Gruppe Kolporteurs unter Leitung von Frauchiger mit der Buchevangelisation in Hamburg. Sie gingen nicht nur von Haus zu Haus, sondern besuchten auch die Schiffe mit den Auswanderern im Hamburger Hafen. Zunächst stand ihnen dafür nur ein schwerfälliges Ruderboot zur Verfügung. Ab 1900 wurde dieses durch die Barkasse „Herold“ ersetzt. Auch die Seemannsheime waren Ziel dieser adventistischen Mission.

Hamburg als gute Ausgangsbasis für die Buchevangelisation

Laut Klaus Sott, jahrelang Buchevangelistenleiter der Adventisten in Süddeutschland und später Vertriebsleiter im adventistischen Saatkorn-Verlag, Lüneburg, sei Hamburg eine gute Ausgangsbasis für die Buchevangelisation gewesen. Durch die Religionsfreiheit in der Stadt wären die Behörden gegenüber neu entstandenen Religionsgemeinschaften offener gewesen als in anderen Teilen des Deutschen Reiches. So sei

in einem internen Hamburger Polizeibericht von Januar 1892 festgestellt worden, dass die Adventisten weltweit 40.000 Mitglieder zählten und „evangelisch-lutherische“ Schriften verbreiten würden.

Da Behörden bei der Hamburger Polizei nachfragten, habe sich diese Einschätzung in anderen Städten ausgewirkt, sodass auch dort die Buchevangelisten leichter eine Reisegewerbekarte erhielten, um ihr Schrifttum verkaufen zu dürfen. „In wenigen Jahren stieg die Zahl der Buchevangelisten von 50 auf 200“, so Sott. Weil die Adventisten ihren biblischen Ruhetag am Sabbat (Samstag) feiern, hätten viele Mitglieder ihren Arbeitsplatz verloren und stattdessen durch die Buchevangelisation ihren Lebensunterhalt bestritten. Das Hamburger Verlagshaus der Adventisten habe immer mehr Zeitschriften und Bücher zur Verfügung stellen können. „Auch während des Ersten Weltkrieges wurde diese Arbeit nicht unterbrochen.“ Die Zahl der Buchevangelisten sei nach dem Krieg bis Anfang der 1930er Jahre von 25 auf 500 angestiegen.

„Schwarze Wolken“ und Neubeginn

„Ende der 1930er Jahre zogen für die Buchevangelisation und das Hamburger Verlagshaus schwarze Wolken auf“, informierte Sott. Die NS-Behörden hätten verschiedene Schriften und Bücher verboten. „Adventistisches Gedankengut durfte nicht mehr gedruckt werden.“ 1943 wurde das Verlagshaus durch einen Luftangriff zerstört. Doch unmittelbar nach dem Krieg erhielt der adventistische Pastor Wilhelm Edener von der amerikanischen Militärverwaltung in Bayern die Genehmigung, die Zeitschriften „Der Botschafter“ sowie „Weg und Ziel“ herauszugeben. So habe die Verbreitung von Schrifttum allmählich wieder aufgenommen werden können. 1947 konnte das Verlagshaus in Hamburg erneut adventistische Literatur herausgeben.

„1948 wurde“, laut Klaus Sott, „die systematische Buchevangelisation unter Leitung von Alfred Wicklein in Deutschland wieder eingeführt.“ Er ersetzte das Wort „Kolporteur“ durch die Bezeichnung „Buchevangelist“, um zum Ausdruck zu bringen, dass es bei dieser Arbeit um die Verkündigung des Evangeliums in gedruckter Form gehe. Außerdem wollte Wicklein den Buchevangelisten die Arbeit erleichtern. Nach Kriegsende waren die meisten mit Fahrrädern und öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs. „Ich werde die Buchevangelisten auf vier Räder bringen“, betonte er. Fünf Jahre später hätten fast alle Autos besessen. Dazu beigetragen habe die Herausgabe von Buchsortimenten, sodass ein größeres Angebot die Verdienstmöglichkeiten erhöhte. 1958 erreichte die Buchevangelisation in der Bundesrepublik mit über 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihren Höhepunkt.

Neue Zielgruppen

„Die Arbeit der Buchevangelisten von Haus zu Haus wurde jedoch immer schwieriger“, betonte Sott. Ihre Zahl sei bis 1985 auf etwa 200 in Teil- oder Vollzeit zurückgegangen. Deshalb hätten ab 1988 die Buchevangelisten begonnen, Kindergärten, Schulen und Bibliotheken mit speziellen Kinderbüchern als unterrichtsbegleitender Literatur zu besuchen. So fanden dort die aus dem adventistischen Saatkorn-Verlag stammenden Bände „Bilder der Bibel“ und die Bücher der Serie „Guckkasten“ mit Themen aus der Natur und dem täglichen Leben Einzug. Weitere Serien folgten, sodass an Kinderbüchern über 160 Titel zur Verfügung standen. Schließlich gab der Verlag noch die achtbändige Familienbibel „Menschen in Gottes Hand“ mit insgesamt 1.500 Seiten und über eintausend Illustrationen heraus. Auch die aufwändige „Große Saatkorn Gesund-

heitsbibliothek“ erschien, die heute hauptsächlich von Buchevangelisten in Österreich verkauft wird.

Rapider Zurückgang der Buchevangelisation

Dennoch sei seit 1990 die Zahl der Buchevangelisten rapide zurückgegangen – nicht nur in Deutschland, sondern auch in fast allen europäischen Ländern – bedauerte Klaus Sott. Weder Versuche des Saatkorn-Verlages, Lüneburg, noch die Unterstützung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, besonders in Baden-Württemberg, hätten den rückläufigen Trend umkehren können. Heute gebe es in Deutschland nur noch ganz wenige Buchevangelisten, die ihren Lebensunterhalt mit dieser Arbeit bestreiten würden. (5.497 Zeichen)

Erneut „Grüner Haken“ für Senioren- und Pflegeheim „Haus Wittelsbach“

Bad Aibling/Oberbayern, 21.01.2014/APD Das Senioren- und Pflegeheim „Haus Wittelsbach“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten im oberbayerischen Bad Aibling ist zum vierten Mal in Folge mit dem „grünen Haken“ als „verbraucherfreundlich“ ausgezeichnet worden. Die Prüfung erfolgte durch Gutachter der „Bundesinteressenvertretung der Nutzerinnen und Nutzer von Wohn- und Betreuungsangeboten im Alter und bei Behinderungen e.V.“ (BIVA) sowie dem Frankfurter Institut für Soziale Infrastruktur. Dabei werden Senioreneinrichtungen unter den Gesichtspunkten Selbstbestimmung, Teilhabe und Menschenwürde geprüft. Im Mittelpunkt der Befragung stehen die Bewohner selbst. Nur Einrichtungen, die sich freiwillig für die Begutachtung gemeldet haben und die Kriterien umfangreich erfüllen, erhalten für zwölf Monate den „Grünen Haken“ für Lebensqualität im Alter.

Das „Haus Wittelsbach“ ist eine „Rauchfreie Zone“ und bietet 69 rüstigen sowie 125 pflegebedürftigen Senioren Platz. Heimleiter Michael Mocnik freute sich über das Ergebnis und dankte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses. Nicht zuletzt deren wertschätzender Umgang mit den in der Einrichtung lebenden Senioren habe zur erneuten Auszeichnung geführt. (1.128 Zeichen)

„Familie unter Druck“

Lüneburg, 21.01.2014/APD Alle reden über die Familie, aber immer weniger Menschen leben in einem Familienverband. Alle reden über Kinder, und wie man sie am besten fördert, aber es werden immer weniger Kinder geboren. Die Stichworte lauten Krippenausbau, Elternzeit und -geld, Inklusion, Frühförderung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Mütterrente und manches mehr.

Man könnte meinen, es herrschten paradiesische Zeiten für Familien. Gleichzeitig gerät das klassische Familienmodell immer stärker unter wirtschaftlichen und ideologischen Druck. Worin dieser besteht und was die Bibel Überraschendes zur Familie zu sagen hat, damit befasst sich die Ausgabe I/2014 des adventistischen Magazins „Zeichen der Zeit“. Außerdem schreibe eine Erziehungsexpertin, wie Familien sinnvoll mit dem Gruppendruck umgehen könnten, der auf ihren Kindern lastet, so Chefredakteur Elí Díez-Prida.

„Zeichen der Zeit“ erscheint vierteljährlich mit einer Auflage von etwa 90.000 Exemplaren, wird von Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland finanziert und kostenlos

verteilt. Das Heft kann auch im Internet bei www.advent-verlag.de unter „Periodika“ heruntergeladen werden. (1.024 Zeichen)

„Hänsel und Gretel“ – Wohlfahrtsmarken 2014

Köln, 21.01.2014/APD Die Wohlfahrtsmarken 2014 mit dem Titel „Hänsel und Gretel“ gibt es ab 6. Februar. Sie erzählen die Geschichte von den Kindern eines armen Holzfällers und seiner Frau, die an einem großen Wald wohnten. 1961 gab die damalige Deutsche Bundespost bereits Wohlfahrtsmarken zu dem Märchen heraus – und 2014 wird es wieder in Szene gesetzt. Gestaltet wurden die drei Marken von Astrid Grahl und Lutz Menze. Sie zeigen „Die Kinder im Wald“ (60+30 Cent), „Bei der Hexe“ (90+40 Cent) und „Glückliches Ende“ (145+55 Cent).

Das Motiv „Die Kinder im Wald“ gibt es auch als selbstklebende Wohlfahrtsmarke in einem Marken-Set mit zehn und in einer Marken-Box mit 100 selbstklebenden Postwertzeichen von der Rolle. Außerdem sind die drei Marken als Motiv-Steckkarte sowie als Ersttagsbrief „Wohlfahrt 2014“ erhältlich.

Aus den Zuschlagserlösen werden alle Bereiche gefördert, in denen die Wohlfahrtsverbände tätig sind. Schwerpunkte sind die Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe, die Gesundheits- und Familienhilfe sowie soziale Maßnahmen für Arbeitslose, Flüchtlinge und Suchtkranke. Die Sonderbriefmarken sind bei allen Postfilialen, Vertriebsstellen der Freien Wohlfahrtspflege und beim Advent-Wohlfahrtswerk e.V., Hildesheimer Straße 426, 30519 Hannover, Telefon (0511) 971 77-300, Telefax (0511) 971 77-399, E-Mail: mail@aww.info, erhältlich. (1.204 Zeichen)

Christlicher Gesundheitskongress 2014 in Bielefeld

Kassel, 21.01.2014/APD Wie sieht die Zukunft des Gesundheitswesens in Deutschland aus, und welchen Beitrag können Christen dazu leisten? Diesen Fragen geht der 4. Christliche Gesundheitskongress vom 27. bis 29. März in Bielefeld unter dem Motto „Heilen und Begleiten – Zukunft gestalten“ nach.

„Wir sehen große Chancen bei der Prävention, wenn die Christen auf einen gesundheitsorientierten Lebensstil Wert legen“, meinte der Chefredakteur des Magazins „ChrisCare“, Frank Fornacon (Ahnatal/Kassel). Außerdem, so der Pastor, „können christliche Gemeinden viel zur Gesunderhaltung und zur Heilung beitragen. Wer sich in einer Gemeinschaft von anderen getragen fühlt, geht optimistischer in die Zukunft, und wer sein Vertrauen zu Gott stärkt, tut auch etwas zur Förderung seiner Gesundheit.“

Beim Christlichen Gesundheitskongress treffen sich Christen aus unterschiedlichen Konfessionen und verschiedenen Berufen des Gesundheitswesens. Zu den Referenten in Bielefeld gehören Wissenschaftler, wie die Vorsitzende des Deutschen Berufsverbandes für Gesundheitsberufe, Professorin Christel Bienstein, oder Dr. Traugott Roser, Professor für Spiritual Care der Ludwig-Maximilian-Universität München, einer wissenschaftlichen Disziplin, die sich mit den spirituellen Ressourcen und Bedürfnissen kranker Menschen und ihrer Angehörigen befasst.

„Bielefeld wird manchmal auch die Hauptstadt der Diakonie bezeichnet“, meinte Fornacon, „weil dort große und traditionsreiche Einrichtungen wie Bethel angesiedelt

sind. Aber wichtiger als große Werke ist die geistliche Motivation der Mitarbeiter“. Darum würden spirituelle Akzente durch Dr. Martin Grabe (Hohemark) oder Dr. Heinrich-Christian Rust (Braunschweig) die Besucher des Gesundheitskongresses motivieren. Unter den Seminaren, die besonders nachgefragt würden, seien vor allem solche, welche die Person des Helfenden in den Mittelpunkt stellten und ihn förderten.

In Bielefeld sei wieder eine Fachmesse mit etwa 100 Ausstellern vorgesehen, so Fornacon. Wie Bernd Wöhner (Ostfildern bei Stuttgart), Bundesgeschäftsführer des Deutschen Vereins für Gesundheitspflege (DVG), eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, mitteilte, plane auch er mit der „DVG-Health Expo“ beim Gesundheitskongress wieder präsent zu sein. Dabei gehe es unter anderem um Aspekte, wie ausgewogene Ernährung und Bewegung, um aktiv zu bleiben, das Leben durch Erholung genießen, entscheidungsfreudig zu sein, durch Beziehungen Glück aufzubauen, Gottvertrauen sowie Vergebung, um zu gesunden.

Der Kongress, der drei mal in Kassel stattfand, solle laut Frank Fornacon in Bielefeld neue Besucher ansprechen. Bisher sei ein Drittel der angemeldeten Teilnehmer zum ersten Mal dabei. Wie bei früheren Kongressen würden über 1.000 Teilnehmer erwartet. Der Veranstaltung ist am 26. März ein Vorkongress mit 13 Tagesseminaren vorgeschaltet.

Weitere Informationen unter www.christlicher-gesundheitskongress.de

(2.603 Zeichen)

„Die Zukunft, die wir meinen – Leben statt Zerstörung“
„Oekumenische Versammlung 2014“ vom 30. April bis 4. Mai in Mainz

Mainz, 21.01.2014/APD Initiativen aus ganz Deutschland laden zu einer ökumenischen Versammlung nach Mainz ein. Das bundesweite Treffen vom 30. April bis 4. Mai sucht nach Antworten auf die Probleme der Zeit, wie Klima-, Finanz- und Rohstoffkrise. Prominente Unterstützerin der „Oekumenischen Versammlung 2014“ unter dem Motto „Die Zukunft, die wir meinen – Leben statt Zerstörung“ ist Margot Käßmann.

Die Versammlung soll den gemeinsamen Weg von Initiativen und Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung fortsetzen und das Zeugnis von Christen und ihre Weltverantwortung stärken. Themen sind solidarisches Wirtschaften, gerechter Frieden und ökumenische Spiritualität. Zu den Referenten gehören die Buchautoren Geiko Müller-Fahrenholz, Ulrich Duchrow und Andreas Zumach, der frühere Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), Konrad Raiser, und die emeritierte Bischöfin Bärbel Wartenberg-Potter.

Die „Zeichen der Zeit“ seien laut den Organisatoren der Versammlung alarmierend: „Krisen verstärken sich gegenseitig“, heißt es in ihrem Aufruf zur Versammlung. Genannt werden der überlebensbedrohende Klimawandel, ein nicht nachhaltiges Wirtschaftssystem, zunehmender Reichtum und wachsendes Elend, zerstörte Sozialsysteme und Solidarstrukturen, innerseelische Verwüstungen. „Das ganze Leben wird von der Marktideologie beherrscht; sie ist zur Staatsreligion geworden“, schreiben die Initiatoren. Sie seien besorgt, weil militärische Konfliktlösungen sich als selbstver-

ständig etablierten und die vorhandenen Ressourcen zur Bekämpfung von Armut, Klimawandel und Förderung von ziviler Konfliktbearbeitung aufzehrten.

Gegenwärtig haben sich für die „Ökumenische Versammlung“ rund 100 Workshops angemeldet. Im Internet gibt es Informationen auf der Seite www.oev2014.de und bei Facebook (<https://www.facebook.com/oev2014>).

Ökumenische Versammlungen im konziliaren Prozess sind Foren in einem weltweiten Austausch. Sie haben auf nationalen, europäischen und internationalen Ebenen in den vergangenen drei Jahrzehnten unter anderem in Dresden (1988), Stuttgart (1989), Basel (1989), Utrecht (1989), Quito/Ecuador (1989), Seoul (1990), Graz (1996), Sibiu (2007), Busan/Korea (2013) stattgefunden. In der früheren DDR trugen sie wesentlich zum friedlichen Wandel bei. Sie analysieren, orientieren sich an der biblisch begründeten Glaubensüberlieferung und erarbeiten Handlungsoptionen mit Selbstverpflichtungen sowie Anforderungen an Kirche und Politik.

Kontakt: Ökumenische Versammlung, Bonifaziusplatz 1, 55118 Mainz, E-Mail: bue-ro@oev2014.de, www.oev2014.de (2.374 Zeichen)

International

Weltweit über 18 Millionen Adventisten

Silver Spring, Maryland/USA, 21.01.2014/APD Nach Angaben der Abteilung „Archiv, Statistik und Forschung“ der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten hätten am 30. September 18.028.796 Personen zur Kirche gehört. Es werde geschätzt, dass an den wöchentlichen Gottesdiensten am Samstag, (Sabbat), dem biblischen Ruhetag, weltweit 25 bis 30 Millionen Frauen, Männer und Kinder teilnehmen würden. Die Kirche taufe keine Säuglinge und zähle Kinder oder ungetaufte Gottesdienstbesucher nicht als Mitglieder, was die Differenz der Zahlen erkläre.

Im Durchschnitt würden sich pro Tag 3.052 Personen der Kirche anschließen, erläuterte G. T. Ng, Generalsekretär der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Silver Spring, Maryland/USA, das Mitgliederwachstum.

„In einer Zeit, wo weltweit viele Religionsgemeinschaften stagnieren, freut uns dieses Wachstum“, kommentierte David Trim, Direktor der Abteilung Archiv, Statistik, und Forschung die Zahlen. „Wir danken Gott, dass trotz politischer Unterdrückung, religiöser Verfolgung, zunehmender Säkularisierung und wachsendem Materialismus unsere Kirche, die Hoffnung und Ganzheitlichkeit betont, weiterhin wächst und diesen statistischen Meilenstein erreicht hat.“

Adventisten weltweit

Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten wurde 1863 in den USA gegründet. Sie unterhält gegenwärtig weltweit 112 Hochschulen und Universitäten, rund 1.900 höhere und 6.000 Grundschulen mit mehr als 1,75 Millionen Schülern oder Studenten. Die medizinischen Einrichtungen der Kirche umfassen 172 Krankenhäuser sowie 238 Kliniken und Sanitätsstationen, in denen jährlich 16 Millionen Menschen behandelt

werden. Zum humanitären Engagement der Kirche gehört auch die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA mit Büros in 120 Ländern. Deren Projekte mit einer Gesamtsumme von 204 Millionen Euro kamen 2011 mehr als 20 Millionen Menschen zugute. ADRA gewähre Hilfe unabhängig von politischer sowie religiöser Anschauung oder ethnischer Herkunft. (1.784 Zeichen)

Freispruch und Entlassung für adventistischen Pastor Monteiro

Silver Spring, Maryland/USA, 21.01.2014/APD Der Pastor der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, Antonio Monteiro, ist am 13. Januar nach 22-monatiger Haft aus dem Zivilgefängnis in Lomé/Togo entlassen worden, wie Adventist News Network (ANN) berichtete. Ein Gericht habe ihn von allen Anklagepunkten freigesprochen. Kirchenmitglied Bruno Amah sei dagegen für schuldig befunden und zu lebenslanger Haft verurteilt worden, so ANN. Der Fall hatte für weltweites Aufsehen innerhalb der Freikirche gesorgt.

Der aus den Kapverden stammende Pastor Monteiro ist seit 2009 als Leiter der Familienabteilung in Togo für die Adventisten tätig und wurde im März 2012 inhaftiert. Laut ANN habe Kpatcha Simliya, ein geständiger Serienmörder, der 20 Mädchen umgebracht und deren Blut verkauft haben soll, Monteiro, Amah und eine weitere Person bezichtigt, an dem mit den Morden im Zusammenhang stehenden Bluthänderring beteiligt gewesen zu sein. Während einer polizeilichen Hausdurchsuchung bei Pastor Monteiro sei aber keinerlei belastendes Material gefunden worden, so ANN.

Simliya, der vom Gericht ebenfalls zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, sei in einem psychiatrischen Gutachten, das ANN vorliege, als psychisch instabil und „pathologischer Lügner“ bezeichnet worden. Zudem habe er seine Beschuldigungen widerrufen und erklärt, dass ihn die Polizei durch Gewaltanwendung gezwungen hätte, Namen von Menschen anzugeben, die er kenne.

Mit „gemischten Gefühlen“ reagierten adventistische Kirchenleiter auf die beiden Gerichtsentscheidungen. „Der Freispruch von Pastor Monteiro ist eine gute Nachricht und wir freuen uns für ihn und seine Familie. Wir sind aber überrascht und sehr traurig über die Verurteilung von Bruno Amah“, betonte Pastor Dr. John Graz, Direktor für Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit der Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) der Siebenten-Tags-Adventisten. Die abscheuliche Anklage gegen Monteiro und Amah habe darin bestanden, dass beide am Komplott zur Tötung dieser Frauen beteiligt gewesen sein sollen, um verschiedene Körperteile in Verbindung mit einer religiösen Zeremonie verwenden zu können, so Graz. „Das ist eine absolut unglaubliche und groteske Anschuldigung.“ Laut ANN sei es aber eine weit verbreitete Praxis, in Togo, Blut und Organe bei Voodoo-Zeremonien zu verwenden.

Im Dezember hatten Menschenrechtsaktivisten der Siebenten-Tags-Adventisten die weltweit 18 Millionen Kirchenmitglieder aufgerufen, mit der Zustellung von Weihnachtskarten drei inhaftierte Adventisten zu ermutigen, die laut Angaben von adventistischen Kirchenvertretern aufgrund falscher Anschuldigungen in Haft seien. Neben Pastor Antonio Monteiro und Bruno Amah sollte sich auch für Sajjad Masih, einen inhaftierten Adventisten in Pakistan, eingesetzt werden. Ihm wird Gotteslästerung (Blasphemie) per SMS vorgeworfen. Obwohl der Informant seine Beschuldigung zurückgezogen habe und es dem Staatsanwalt nicht gelungen sei, Beweise für Masih's Vergehen vorzule-

gen, wurde er bisher nicht freigelassen. Laut ANN hätten adventistische Kirchenvertreter Rechtsmittel und diplomatische Kanäle bemüht, um die Freilassung der drei Männer zu erwirken. (2.804 Zeichen)

Cyberkriminelle stehlen adventistischer Weltkirchenleitung 500.000 US-Dollar
Silver Spring, Maryland/USA, 21.01.2014/APD Die Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Silver Spring, Maryland/USA, wurde laut Angaben von Adventist News Network (ANN) Opfer eines Cyberdiebstahls. Es seien dabei rund 500.000 US-Dollar (370.000 Euro) gestohlen worden, die für eine kirchliche Institution überwiesen worden seien.

Die Kirchenleitung kooperiere in den laufenden Untersuchungen mit US-Bundesbehörden und kläre mit Banken und Versicherungen ab, welche Rückforderungen gestellt werden könnten. Obwohl es noch nicht auszuschließen sei, gäbe es derzeit keine Hinweise für die Beteiligung von Insidern, so ANN.

„Es sind keine persönlichen Informationen, wie Personen- oder Spenderdaten, betroffen“, erklärte Bob Lemon, Finanzchef der Weltkirchenleitung. „Es wurde beim Angriff auch nicht auf interne Konten zugegriffen, sodass diese gefährdet wären. Wir ändern das Verfahren und tun unser Bestes, damit dies nicht nochmals vorkommen kann.“ (909 Zeichen)

Index der Christenverfolgung: Nordkorea vor Somalia und Syrien
„Open Doors“ legt „Weltverfolgungsindex 2014“ vor
Kelkheim/Deutschland u. Herzogenbuchsee/Schweiz, 21.01.2014/APD „Derzeit werden rund 100 Millionen Christen weltweit um ihres Glaubens willen verfolgt“, teilt das Hilfswerk „Open Doors“ mit. Christen seien damit die am stärksten verfolgte Glaubensgemeinschaft weltweit. Erneut habe besonders in Afrika die Verfolgung der Christen durch Islamisten zugenommen. Nordkorea erweise sich das 12. Jahr in Folge als der Staat, in dem Christen wegen ihres Glaubens am härtesten unterdrückt würden.

Mit dem „Weltverfolgungsindex“ (WVI) erfasst und dokumentiert das überkonfessionelle christliche Hilfswerk „Open Doors“ jährlich neu die Einschränkung der Religionsfreiheit von Christen weltweit und listet die 50 Länder auf, in denen Christen wegen ihres Glaubens am stärksten verfolgt und benachteiligt werden. Berichtszeitraum für den neuen WVI ist der 1. November 2012 bis 31. Oktober 2013.

Nordkorea: Christen im Untergrund

Die Machtübernahme durch Kim Jong-un im Dezember 2011 habe Hoffnung auf Veränderungen in Nordkorea geweckt, die sich 2013 aber zum größten Teil zerschlagen hätten, so der Bericht. Auch wenn Christen nicht ausdrücklich Zielscheibe von Repressionen seien, erschwerten die verstärkten Grenzkontrollen zu China und die Hausdurchsuchungen der vergangenen Monate die Ausübung des Glaubens für Christen oder machten ihn nicht möglich, auch wenn die Praktizierung im Untergrund geschehe.

Somalia: Christsein ist lebensgefährlich

Somalia belege Platz 2 im „Weltverfolgungsindex“ von Christen und sei damit das erste afrikanische Land auf einem so hohen Rang. Laut dem Bericht sei die neue muslim-

mische Regierung in der Hauptstadt Mogadischu zwar gemäßiger, aber der soziale und familiäre Druck auf Christen bleibe groß. Eine Handvoll christlicher Gemeinschaften existiere nur im Untergrund. Die Bevölkerung werde von muslimischen Clanführern manipuliert, welche Andersgläubige gnadenlos verfolgten. Wer sich zum Christentum bekehre, werde umgebracht, so der Bericht von „Open Doors“.

Syrien: Christen als Opfer islamistischer Milizen

Syrien ist laut dem Index von Platz 11 auf 3 vorgerückt. Die Art der Bedrohung habe sich radikal verändert: von der Repression des totalitären Vorkriegs-Regimes hin zu offener Gewalt durch dschihadistische Milizen, die aus dem In- und Ausland stammten. Bei einem Anschlag seien im Oktober 2013 im mehrheitlich christlichen Stadtteil von Sadad 45 Christen getötet worden. Islamistische Milizen bedrohten die christliche Bevölkerung ebenfalls im Irak (Platz 4, wie im Vorjahr), gelegentlich auch in Jordanien (Platz 26 statt 34) und in Libyen, das aufgrund der zugespitzten Verfolgungslage von Rang 26 auf Platz 13 vorgerückt sei.

Afrika: Radikalisierte Islamisten töten Christen

In Mali (Platz 33/Vorjahr 7) hätten nach der Militärintervention Frankreichs zahlreiche Christen in ihre Dörfer zurückkehren können, hält der Bericht fest. Insgesamt bleibe die Lage entlang des Sahel-Gürtels besorgniserregend. Das Terrorregime der Séléka-Rebellen habe die Zentralafrikanische Republik (ZAR) auf einen Schlag auf Platz 16 des Weltverfolgungsindex katapultiert. Die Koalition muslimischer Rebellen, die aus dem Tschad und dem Sudan eingedrungenen seien, habe seit der Machtübernahme im März 2013 das Land zerrüttet. Gezielte Angriffe auf christliche Kirchen und Geistliche schürten das Misstrauen zwischen Christen und Muslimen, die bisher in gutem Einvernehmen gelebt hätten. Laut dem Index seien weltweit radikalisierte Islamisten die Hauptursache für die Verfolgung von Christen.

Sri Lanka und Indien: Radikale Buddhisten und Maoisten verfolgen Christen

Sri Lanka sei nach einigen Jahren wieder auf dem Index zu finden, nachdem in einer Gewaltwelle eine neue Gruppierung radikaler Buddhisten sowohl Muslime als auch Christen angreife. In Indien werden nach Angaben des Berichts Christen sowohl von hinduistischen Partisanen, Anhängern der nationalistischen Hindubewegung Hindutva, als auch von den so genannten Naxaliten, Aufständischen maoistischer Bewegungen, bedroht.

Vietnam und Myanmar: Staatliche Repression von Christen

Vietnam schränke die Glaubensfreiheit der Christen durch das im Januar 2013 eingeführte Religionsgesetz (Dekret 92) massiv ein. Myanmar sei im neuen Weltverfolgungsindex von Platz 32 auf Platz 23 vorgerückt. Was die Zahl gewaltsamer Übergriffe auf Christen anbelange, folge es gleich auf jene Länder, in welchen Christen am meisten Gewalt erlitten: Zentralafrikanische Republik, Syrien, Pakistan, Ägypten und Irak.

Zehn Staaten, in denen Christen am meisten verfolgt werden, seien 1. Nordkorea, 2. Somalia, 3. Syrien, 4. Irak, 5. Afghanistan, 6. Saudi-Arabien, 7. Malediven, 8. Pakistan, 9. Iran und 10. Jemen.

Weitere Informationen zum „Weltverfolgungsindex 2014“ sind im Internet zu finden unter: <http://www.opendoors.de/verfolgung/weltverfolgungsindex2014/> (4.276 Zeichen)

Rassismus, Diskriminierung, Intoleranz und Extremismus

Lehren aus Griechenland und Ungarn

Wien/Österreich, 21.01.2014/APD Rassismus, Diskriminierung, Extremismus und Intoleranz stellten die Europäische Union gegenwärtig vor große Herausforderungen, heißt es in einem Bericht der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA). Der Report präsentiere Ergebnisse der in Griechenland und Ungarn getroffenen Gegenmaßnahmen und zeige auf, welche Maßnahmen zielgerichtet und wirksam zur Bekämpfung des Extremismus in der gesamten EU eingeleitet werden müssten.

Starke Präsenz politischer Parteien mit extremistischer Ideologie

Die Veröffentlichung sei ein thematischer Lagebericht, in dem die starke parlamentarische Präsenz politischer Parteien mit einer extremistischen Ideologie beleuchtet werde, ein zurzeit in Griechenland und Ungarn anzutreffendes Phänomen, heißt es in der FRA-Medienmitteilung. Diese Ideologien richteten sich in Griechenland insbesondere gegen Migranten in einer irregulären Situation und in Ungarn gegen Roma und Juden. Diese Parteien bildeten selbst paramilitärische Organisationen, die rassistisch motivierte Gewalttaten verübten, oder Verbindungen zu solchen Organisationen unterhielten, so die Agentur.

In der EU und in ihren Mitgliedstaaten seien bereits strenge Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Rassismus, Intoleranz und Extremismus in Kraft. Es müssten aber weitere Anstrengungen unternommen werden, um deren wirksame Umsetzung sicherzustellen. Zudem seien auf lokaler Ebene zusätzliche Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und des Vertrauens in die Polizei und in sonstige Strafverfolgungsbehörden erforderlich.

Das vorrangige Ziel des Berichts bestehe laut FRA darin, jene Hindernisse aufzuzeigen, welche der Bekämpfung von Rassismus und Intoleranz sowie der Wahrung der Grundrechte in der gesamten EU im Wege stünden. Das Schlusskapitel enthalte Vorschläge für die Mitgliedstaaten bei der Erarbeitung eigener Strategien zur Bekämpfung rassistisch motivierter Diskriminierung und Gewalt sowie des Aufkommens extremistischen Gedankenguts in der Politik.

Empfehlungen an EU-Mitgliedstaaten

EU-Mitgliedstaaten empfehle der Bericht, ihre Rechtsvorschriften zu überprüfen, damit Vereinigungen oder politische Parteien nicht gegründet würden, um Hass und rassistisch motivierte Gewalt zu fördern. Sie sollten auch nationale Strategien zur Bekämpfung von durch Rassenhass motivierten Straftaten verabschieden. Dabei solle es schwerpunktmäßig um Verhinderung und Verfolgung von Hassverbrechen, deren bessere Registrierung sowie um eine wirksame Opferhilfe gehen.

Vertrauen in Strafverfolgungsbehörden stärken

Eines der wichtigsten Hemmnisse, das Opfer und Zeugen davon abhalte, durch Rassenhass motivierte Vorfälle zu melden, sei das Misstrauen dieses Personenkreises gegenüber der Polizei, so die Medienmitteilung. Es müsse deshalb nach Mitteln und Wegen gesucht werden, wie bei Angehörigen von Minderheitengruppen das Vertrauen in Strafverfolgungsbehörden gestärkt werden und wie gegen ethnische Diskriminierung oder rassistische Beschimpfungen seitens der Polizei und sonstiger Amtsträger vorgegangen werden könne.

Ausstiegsstrategien entwickeln

Die EU-Mitgliedstaaten sollten auch die Entwicklung von Ausstiegsstrategien und -programmen für Personen in Betracht ziehen, die in extremistischen Gruppierungen und Organisationen mitwirkten. Voraussetzung dazu sei eine enge Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden, Strafrechtssystemen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA)

Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) hat den Auftrag, Entscheidungsträger auf EU- und nationaler Ebene auf der Grundlage von Fakten zu beraten und so zu fundierten und zielgerichteten Debatten und politischen Strategien im Zusammenhang mit den Grundrechten beizutragen.

Die FRA sammelt objektive, verlässliche und vergleichbare Informationen und Daten aus allen oder einigen Mitgliedstaaten, je nach der Relevanz des jeweiligen Themas einzelner Länder.

Der Report, „Racism, discrimination, intolerance and extremism: learning from experiences in Greece and Hungary“, kann kostenlos heruntergeladen werden:

<http://fra.europa.eu/en/publication/2013/thematic-situation-report-3> (3.763 Zeichen)

Präsidiumswechsel im Ökumenischen Rat der Kirchen in Österreich

Wien/Österreich, 21.01.2014/APD Am 1. Januar übernahm der aus Wien stammende evangelisch-methodistische Superintendent Lothar Pöll den Vorsitz des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ), teilte CBS KULTUR INFO mit. Er löste Nicolae Dura, den rumänisch-orthodoxen Bischofsvikar und bisherigen Vorsitzenden ab. Die einstimmige Wahl von Lothar Pöll erfolgte bereits Mitte Oktober 2013 durch die Vollversammlung des ÖRKÖ. Die Methodistenkirche zählt zu den Gründungsmitgliedern des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden der griechisch-orthodoxe Metropolit Arsenios Kardamakis und der römisch-katholische Diözesanbischof von Innsbruck, Manfred Scheuer, gewählt. Weitere Vorstandsmitglieder sind Erika Tuppy (Evangelisch-reformierte Kirche/H.B.), Bischof Michael Bünker (Evangelisch-lutherische Kirche/A.B.), Bischof John Okoro (Altkatholische Kirche) und Chorepiskopos Emanuel Aydin (Syrisch-orthodoxe Kirche).

Bei einem Hintergrundgespräch informierte laut CBS KULTUR INFO der methodistische Kirchenleiter kürzlich über seine bisherige kirchliche Tätigkeit, die Evangelisch-methodistische Kirche in Österreich und weltweit sowie seine neuen Aufgaben im nationalen Kirchenrat.

Vielseitig kirchlich engagiert

Lothar Pöll wurde am 5. Dezember 1951 in Wien geboren. Er studierte an der Theologischen Fachhochschule der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK) in Reutlingen. Nach seiner Ordination war er ab 1977 als Gemeindepastor und in der Seelsorgearbeit in Salzburg, Linz, Ried im Innkreis, St. Pölten und Wien tätig. Er übernahm zahlreiche Aufgaben in der Evangelisch-methodistischen Kirche und in der Ökumene: Seit 1984

ist Lothar Pöll Mitglied des Kirchenvorstandes der EmK und seit 2001 Superintendent der Evangelisch-methodistischen Kirche in Österreich. Als Superintendent setzte er sich besonders für den Ausbau der Zusammenarbeit mit den evangelischen Kirchen A.B. und H.B. ein. Pöll ist daher auch – neben den zwei anderen Evangelischen Kirchen – Mitglied im sechsköpfigen Organisationsteam für den Prozess „Auf dem Weg ins Jahr 2017“, dem Reformationsjubiläum. Der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) gehört er als Ratsmitglied an. Von 2008 bis 2013 war Pöll Mitglied im Vorstand des ÖRKÖ.

Als Kuratoriumsmitglied des Linzer Diakonie-Zentrums Spattstrasse unterstützt Pöll ferner aktiv die sozial-diakonische Arbeit seiner Kirche. „Wahre Religion muss erdverbunden und menschenfreundlich sein“, so der Pastor 1998 in der Zeitschrift „Methodist“. Das 1963 gegründete Zentrum in Linz mit über 500 Mitarbeitenden biete ein Bündel an sozialen Angeboten für schwierige, verhaltensauffällige und mehrfach-behinderte Kinder und Jugendliche.

Methodisten in Österreich seit 1951 staatlich anerkannt – Teil einer weltweiten Kirche

Die Evangelisch-methodistische Kirche in Österreich (EmK) ist Teil der weltweiten Evangelisch-methodistischen Kirche (The United Methodist Church). Derzeit leben in Österreich rund 1.500 Methodisten in 10 Gemeinden. Die methodistische Arbeit begann in Österreich 1870 durch den Prediger Christian Dieterle in Wien – in einer Zeit, als es im Land noch wenig Religionsfreiheit gab. Damals war nur eine „häusliche Religionsausübung“ möglich, sodass sich die Gläubigen als „Gäste“ in Privatwohnungen treffen mussten. Deshalb hatten sie immer wieder mit staatlichen Repressionen zu kämpfen. Bereits 1892 bemühte sich die methodistische Kirche in Österreich um staatliche Anerkennung, die jedoch erst im Jahre 1951 erfolgte.

Methodistische Freikirche – „geistiger Zweig der Reformation“

„Die Evangelisch-methodistische Kirche ist ohne ‚Reformation‘ nicht denkbar. Sie ist ein geistiger Zweig der Reformation“, betonte Pöll im Gespräch. Das sei auch der Grund, weshalb das 500-Jahr-Jubiläum der Reformation zusammen mit den Evangelischen Kirchen A.B. und H.B. vorbereitet werde.

Seine Kirche sei nicht aus einem kirchlichen Lehrstreit hervorgegangen, sondern im 18. Jahrhundert – während der industriellen Revolution – als Erneuerungsbewegung innerhalb der Kirche von England entstanden, so Pröll. Der anglikanische Priester John Wesley (1703-1791) gilt zusammen mit seinem Bruder Charles als Begründer der Methodistischen Bewegung. John Wesley wandte sich vor allem an die sozial schwache Arbeiterbevölkerung, der die Kirche nichts mehr zu sagen hatte, und setzte sich für die Beseitigung sozialer Missstände, also für eine Kirchenreform, ein. Als Wesley starb, gab es bereits 135.000 Methodistinnen und Methodisten.

John Wesley wollte keine neue Kirche gründen, sondern den Menschen, die von der Kirche nicht erreicht wurden, dienen. Entscheidend für die Bildung einer eigenen Kirche wurde die Situation in Amerika nach dem Ende des Unabhängigkeitskrieges. Da sich die Kirche von England, gebunden an die englische Krone, angesichts der neuen Situation als nicht in der Lage zeigte, die geistliche Betreuung der Bevölkerung in Nordamerika zu gewährleisten, entschloss sich Wesley zu handeln. Er ordinierte zwei

Männer für den Dienst und bestimmte einen weiteren anglikanischen Priester zum Superintendenten für Amerika. So kam es, dass sich die methodistische Bewegung im Nordamerikanischen Staatenbund im Jahre 1784 in Baltimore als selbständige Kirche bildete. Heute gehören den methodistischen Kirchen weltweit etwa 80 Millionen Menschen an.

Kirchenstruktur und Arbeitsformen in Österreich und weltweit

Die innere Struktur der Methodistenkirche wird durch sogenannte „Konferenzen“ geregelt. Konferenzen sind beratende und gesetzgebende Körperschaften, sie gliedern die Kirche und verbinden zugleich ihre vielfältigen Lebensäußerungen miteinander. Konferenzen sind Synoden, die sich je zur Hälfte aus Laien und Pastoren zusammensetzen.

Die gesamte Arbeit der Evangelisch-methodistischen Kirche in Österreich ist als Jährliche Konferenz organisiert. Die jährliche Konferenz ist als Synodenversammlung weltweit die grundlegende Strukturform der Evangelisch-methodistischen Kirche. Den Vorsitz einer jährlichen Konferenz hat immer ein Bischof. Für Österreich ist Bischof Dr. Patrick Streiff zuständig, der seinen bischöflichen Sitz in Zürich (Schweiz) hat. Bei zahlreichen Anlässen in Österreich wird er durch den Superintendenten Pöll vertreten.

Ökumene als „Gabe Gottes“

Zu den Arbeitsschwerpunkten als neuer Vorsitzender des Vorstands gehören die Beziehungen des ÖRKÖ und seiner Mitgliedskirchen zum Staat, die Kontakte zu jüdischen Einrichtungen und die Pflege lebendiger Kontakte zu anderen Religionsgemeinschaften. Ferner könne es auch zu öffentlichen Wortmeldungen des Rates kommen. Ein weiteres Anliegen sei das positive „miteinander Unterwegssein“ der Mitgliedskirchen. Das geschehe nicht zuletzt durch viele persönliche Begegnungen, Gespräche und Freundschaften. Denn Ökumene sei eine Gabe Gottes. So hat Pöll zum Beispiel beim Gottesdienst zur Weltgebetswoche im Januar 2013 erklärt: „Die Einheit ist eine Gabe Gottes und nicht einfach machbar.“ Er zeigte sich überzeugt, „dass Gott uns diese Einheit schon längst ermöglicht, wir aber nicht bereit sind, die konkreten Schritte und Taten folgen zu lassen“. Den Grund sieht Pöll darin, dass „wir uns geradezu von unserer Vergangenheit definieren“. Dieses nach rückwärts gewandte Selbstverständnis lasse keinen Wandel zu. Der Superintendent bekannte sich in der Ökumene „zur Politik der kleinen Schritte“, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass „die theologischen Unterschiede der Kirchen (etwa bei der Taufanerkennung und der Mischehenfrage) zu respektieren sind“. Österreich gelte schließlich als eine Art „Musterland der Ökumene“, betonte Pöll.

Selbstverständnis des ÖRKÖ

Der Ökumenische Rat der Kirchen sei ein Gremium, in dem christliche Kirchen zusammenkämen, um Themen zu beraten, die alle gemeinsam betreffen würden. Er verstehe sich als „Stimme, mit der die Kirchen dann sprechen, wenn deutlich zum Ausdruck kommen soll, dass trotz aller konfessionellen Unterschiede und Kontroversen die christlichen Kirchen durch eine gemeinsame und tragfähige Basis verbunden sind“.

Von besonderer Bedeutung für die Arbeit des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich sei das 54-seitige „Sozialwort“, das am 1. Advent 2003 veröffentlicht wurde. In diesem gemeinsamen Text, der nach vierjähriger Vorbereitung von allen, unter-

schiedlichen Traditionen angehörenden Mitgliedskirchen des ÖRKÖ entstanden ist, würden Probleme der Gesellschaft angesprochen und die christlichen Perspektiven dazu aufgezeigt. Es verstehe sich als Einladung an alle, sich den aktuellen Herausforderungen der Welt zu stellen und nach Lösungen zu suchen, die dem Menschen dienen und die Welt als Schöpfung Gottes ernst nähmen.

Das vor zehn Jahren ökumenisch erstellte und auch international viel beachtete Sozialwort werde mit dem im Oktober 2013 angelaufenen Projekt „sozialwort 10+“ bis zum ersten Adventsonntag 2014 aktualisiert. Lothar Pöll wolle sich dafür einsetzen, dass das Sozialwort der Kirchen erneut landesweit ins Gespräch gebracht werde.

Derzeit hat der ÖRKÖ 16 Mitglieder. Darüber hinaus arbeitet eine Reihe von Kirchen und kirchlichen Organisationen als Beobachter mit.

Weitere Informationen zum ÖRKÖ: <http://www.oekumene.at/>
Wortlaut des „Sozialwortes“ (2003): <http://www.sozialwort.at/>

(8.068 Zeichen)

Christen bilden nicht länger Bevölkerungsmehrheit in Neuseeland

Howick/Neuseeland, 21.01.2014/APD Laut den im Dezember publizierten Zahlen der Volkszählung 2013 sei es das erste Mal seit über hundert Jahren, dass Neuseelands Bewohner sich mehrheitlich nicht mehr als Christen bezeichneten. 2006 hätten 56 Prozent der Bevölkerung angegeben, Christen zu sein, 2013 seien es nur noch 47 Prozent gewesen, teilte „Record“, die australische Kirchenzeitschrift der Siebenten-Tags-Adventisten, mit.

Große Kirchen mit großen Verlusten

Demnach habe die Anglikanische Kirche in Neuseeland mit einem Verlust von knapp 100.000 Mitgliedern in den letzten sieben Jahren den größten Rückgang zu verzeichnen gehabt. Bei der römisch-katholischen und der presbyterianischen Kirche hätte die Mitgliederzahl ebenfalls abgenommen.

Parallele Entwicklungen in Neuseeland und Australien

„Die Zahlen der Volkszählung lösen zwar Besorgnis aus, sind aber nicht überraschend“, sagte Pastor Dr. Brad Kemp, Präsident der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Neuseeland. „Was wir in Neuseeland beobachten, spiegelt die Entwicklung in Australien: Ein markanter Anstieg jener Personen, die sich als säkular bezeichnen oder keine Religionszugehörigkeit angeben sowie das Wachstum nicht-christlicher Religionen.“

Mehr Nicht-Religiöse, Hindus und Moslems

Zugenommen habe laut „Record“ in den letzten sieben Jahren die Zahl der Neuseeländer, welche sich als nicht religiös bezeichneten, um 26 Prozent, jene der Hindus in der gleichen Zeitspanne von 64.000 auf 90.000, und auch die muslimische Bevölkerung sei angewachsen.

Adventisten als Ausnahme

Die evangelische Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten wäre im Rahmen des generellen Rückgangs der Mitgliederzahlen bei christlichen Konfessionen in Neusee-

land eine Ausnahme, so „Record“. 2006 hätten sich 14.154 Personen bei der Volkszählung als Adventisten bezeichnet, 2013 seien es 15.120 gewesen. Neuseeland hat 4,43 Millionen Einwohner.

Adventistische Kinder und Jugendliche sind üblicherweise in der Mitgliederzahl nicht enthalten, da die Freikirche keine Säuglinge tauft, sondern ihnen Taufe und Kirchenbeitritt in einem Alter überlässt, wenn sie sich selbst entscheiden können.

Er sei froh, dass die adventistischen Kirchenleitungen auf der Nord- und Südinsel nach Zugängen suchten, um säkulare Neuseeländer mit der christlichen Botschaft zu erreichen, sagte Pastor Kemp. Es müssten aber auch Wege gefunden werden, um Angehörige anderer Religionen im Land ansprechen zu können.

Die Adventisten in Neuseeland unterhalten 19 Grund- und höher Schulen, eine Seniorenwohnsiedlung, eine Gesundkostfabrik sowie das Hilfswerk ADRA.

(2.304 Zeichen)

ADRA – Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe

Integration syrischer Flüchtlingskinder in jordanische Schulen

Zürich/Schweiz, 21.01.2014/APD Laut Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) lebten 567.000 Flüchtlinge aus Syrien in Jordanien. Davon seien 302.000 Kinder unter 18 Jahren, die oft wegen des Bürgerkriegs zwei Schuljahre verpasst hätten. Von den syrischen Flüchtlingskindern im Libanon und in Jordanien würden 70.000 Kinder in Familien ohne Vater aufwachsen, 3.700 seien ganz auf sich allein gestellt, und viele hätten keinen Zugang zur Bildung. Schlecht ausgebildete Kinder würden schon früh zu Hauptverdienern ihrer Familien, was Langzeitfolgen für ihr weiteres Leben als Unausgebildete habe.

Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Schweiz hat in Jordanien mit Partnerorganisationen ein Projekt im Rahmen von 105.000 Franken (86.000 Euro) gestartet, bei dem 3.615 syrische sowie jordanische Kinder die notwendige Ausrüstung, wie Schultaschen und Schreibmaterial, erhalten, teilte das Hilfswerk mit. Damit solle den Kindern die Möglichkeit geboten werden, sich ins jordanische Bildungssystem einzugliedern. Um jordanische Kinder nicht zu benachteiligen, würden sie zu 40 Prozent auch ins Projekt einbezogen. Die jordanische Infrastruktur sei durch die Flüchtlinge bis an die Grenzen belastet, was der einheimischen Bevölkerung zu schaffen mache, so das Hilfswerk.

Die Projektpartner von ADRA Schweiz sind das jordanische Ministerium für Bildung, die Jordanische Haschemitische Wohlfahrtsorganisation (Jordanian Hashemite Charity Organization – JHCO) sowie ADRA Jordanien und ADRA Österreich.

2,3 Millionen syrische Flüchtlinge in der Region

Die syrischen Flüchtlinge bildeten laut einer Mitteilung von SIRF (Syria INGO Regional Forum), einer Koalition internationaler Nichtregierungsorganisationen, mittlerweile die zweitgrößte Flüchtlingspopulation der Welt. Mehr als 2,3 Millionen Syrer seien in den

Libanon, nach Jordanien, die Türkei, den Irak, Ägypten und weitere Länder geflohen und kämpften dort ums Überleben. „Ohne die Gastfreundschaft der Nachbarländer wäre das Ausmaß der humanitären Krise noch verheerender“, betonte Steffen Horstmeier, Leiter der Syrien-Nothilfe von World Vision in Jordanien.

Spendenzusagen von Geldgebern sind noch keine Zahlungen

Die internationale Gemeinschaft müsse ihre Unterstützung für die Nothilfe in Syrien und in den umliegenden Ländern deutlich aufstocken, schreibt das Hilfswerk Oxfam in einer Medienmitteilung. Die im Juni geforderte Hilfe von 4,3 Milliarden Dollar sei lediglich zu 62 Prozent finanziert worden. „Das Geld wird dringend benötigt. Die Vereinten Nationen fragen nicht leichtfertig danach. Es ist an der Zeit, dass aus Zusagen von Geldgebern endlich Zahlungen werden“, forderte Robert Lindner von Oxfam Deutschland.

ADRA Schweiz

ADRA Schweiz (www.adra.ch) ist ein im Handelsregister eingetragener Verein und genießt Steuerfreiheit. Das Hilfswerk wurde von der schweizerischen Fachstelle für Spenden sammelnde, gemeinnützige Institutionen (ZEWO) zertifiziert. Das ZEWO-Gütesiegel steht für den zweckbestimmten und transparenten Umgang mit Spenden. ADRA Schweiz zählt zu den Partner-Hilfswerken der Schweizer Glückskette: <http://www.glueckskette.ch> (2.782 Zeichen)

Bibel

Die Bibel für Sehbehinderte in Costa Rica

Stuttgart u. Swindon/England, 21.01.2014/APD Auf ein Projekt für blinde Kinder und Erwachsene im mittelamerikanischen Costa Rica weist der Weltverband der Bibelgesellschaften (United Bible Societies, UBS) hin. In Kooperation mit der nationalen Stiftung für blinde Menschen, Kirchen und Büchereien macht die Bibelgesellschaft Costa Ricas die Bibel in der Blindenschrift Braille zugänglich.

Die verbreitete Braille-Bibel basiert auf einer Übersetzung in einfaches Spanisch, damit auch Kinder sie verstehen. Wenigstens zwei Ausgaben biblischer Schriften in Braille sollten künftig in jeder Bibliothek verfügbar sein. Die Bibelgesellschaft wolle mit dem Projekt mindestens die Hälfte der Kinder und Erwachsenen im Land erreichen, welche die Blindenschrift lesen könnten.

Zum Projekt gehören darüber hinaus Bibeltage für Familien mit blinden Kindern. Rund 250.000 Einwohner des mittelamerikanischen Landes sind blind oder stark sehbehindert. „Ihre Intelligenz, ihre besonderen Fähigkeiten und Talente werden in Costa Rica oft ignoriert“, berichtet die Bibelgesellschaft.

In über 50 Ländern verbreitet der Weltverband der Bibelgesellschaften mit Partnern biblische Texte in Blindenschrift. Diese sind in der Braille-Schrift in rund 200 Sprachen verfügbar. Die komplette Bibel liegt bis jetzt in 40 Sprachen vor. Eine einzelne Ausgabe der vollständigen Bibel in Blindenschrift in rund 40 Bänden kostet laut UBS etwa 600 US-Dollar.

In Deutschland sammelt die Weltbibelhilfe der Deutschen Bibelgesellschaft Spenden für entsprechende Projekte in ärmeren Ländern. In Stuttgart werden zudem die Programme des Weltverbandes für Menschen mit Sehbehinderung koordiniert.

Der Franzose Louis Braille (1809 bis 1852) erfand 1825 sein System der Blindenschrift. Es handelt sich um eine Kombination von jeweils sechs Punkten für einen Buchstaben, mit denen das ganze Alphabet dargestellt werden kann. Die Punkte werden mit den Fingern ertastet.

Der Weltverband der Bibelgesellschaften zählt 146 Mitglieder und ist in mehr als 200 Ländern aktiv. Zentrale Aufgaben der Bibelgesellschaften sind die Übersetzung, Herstellung und Verbreitung der Heiligen Schrift. (1.886 Zeichen)

Buchrezension

Chris Paul, „Keine Angst vor fremden Tränen!, Trauernden Freunden und Angehörigen begegnen“, Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh, 2013, kartoniert, 176 Seiten, 17,99 Euro, ISBN 978-3-579-07303-3.

Seit vielen Jahren setzt sich die soziale Verhaltenswissenschaftlerin und Leiterin des Trauerinstituts Deutschland in ihren Veröffentlichungen für eine angemessene Begleitung von trauernden Menschen ein. Es beginnt bereits bei der Beileidskarte, die eigene Gefühle, Erinnerungen und gute Wünsche enthalten sollte. Kommentare zum Tod des Betrauernden sind hierbei überflüssig. Der Abschied am offenen Sarg und die Erinnerung an den Toten während des Bestattungsgottesdienstes sind hilfreich. Der Gang zum offenen Grab und der Blick hinein, das Hinunterwerfen von Erde oder einer Blume gehören zu den besonderen Erfahrungen des endgültigen Abschieds. Mitleid hilft nicht, sondern macht klein. Mitgefühl ist dagegen eine gute Alternative, denn es kann mehr als nur bedauern. Es sieht nicht nur die Ohnmacht eines Menschen, sondern auch seine Aktivitäten, um die Situation zu ertragen oder sogar zu verbessern.

Man sollte vermeiden, den andern mit den Worten zu trösten, „endlich loszulassen“, oder „reiß dich zusammen“. Derartige Aufmunterungen lassen keinen Raum für das erlebte Leid. Chris Paul warnt immer wieder vor dem Halbwissen von Trauerprozessen. Wichtig ist es, für den Trauernden einfach da zu sein. Trauerprozesse tun zwar weh, aber sie sind keine Krankheit. Sie brauchen Zeit und sind nicht in einigen Wochen durchgestanden.

Mit Kindern über Tod und Trauer zu sprechen ist nicht nur eine Sache der Worte. Kindern teilt sich vieles über Gesten, Blicke und Handlungen mit. Über Gefühle können sie noch kaum sprechen. Ihr Bedürfnis nach Sicherheit zeigen sie mit jedem Anknuscheln. Daher sollten Kinder nicht allein mit ihrer Verwirrung und ihrem Schmerz gelassen werden. Es gilt Wege der Verständigung zu suchen und Kinder zu ermutigen, ihr eignes Leben zu leben.

Die Autorin widmet auch dem Freitod ein eigenes Kapitel. Sie warnt davor, Selbstmörder Versager zu nennen. „Sei froh, dass du ihn los bist.“ Das ist kein bisschen unterstützend. Die Verhaltensforscherin geht auch auf den Umgang mit Gedenk- und Feiertagen Verstorbener näher ein. Alles in allem ist das Buch hilfreich.

Dr. Wolfgang Tulaszewski

Zwickel Wolfgang, „Leben und Arbeit in biblischer Zeit. Eine Kulturgeschichte“, Calwer Verlag, Stuttgart, u. Deutsche Bibelgesellschaft, Stuttgart, 2013, kartoniert, 29,95 Euro, ISBN 3-978-7668-4224-4 u. 978-3-438-06218-5.

Die wertvolle Dokumentation umfasst zwölf Kapitel und einen umfangreichen Anhang mit Kapitelbildern, Landkarten, Stichwort- und Bibelstellenregistern sowie einem ausführlichen Abbildungsnachweis. Der Mainzer Alttestamentler und Archäologe hat sich in diesem Standardwerk vor allem

dem Land der Bibel als Lebensraum, der Entwicklung des modernen Menschen, der Stadt in biblischen Zeiten und dem Leben der Bauern im Jahreskreislauf verschrieben. Ihm ging es um Kleinviehnomaden und Kamelbeduinen, um Handel und Handwerk, um kleine Sippen und deren Entwicklung zum Königtum. Weiterhin gab Zwickel Einblicke in das Militär, das Leben im Alltag, die Religion sowie das Leben und den Tod.

Der Theologe schreibt sehr allgemeinverständlich und bleibt trotzdem wissenschaftlich. Gleich am Anfang nahm er Bezug auf die großen Epochen der Kulturgeschichte und die entscheidenden Umbrüche in der Wirtschafts- und Lebensweise der Jungstein-, Bronze- und Eisenzeit bis an die Schwelle der Neuzeit. Interessant sind Zwickels Darstellungen über die israelitische Stadt und ihre architektonischen Merkmale. Auch der bäuerliche Bereich, die damaligen landwirtschaftlichen Erzeugnisse und die mit dem bäuerlichen Leben verbundenen Feste verdienen die besondere Aufmerksamkeit des Lesers. Das Handwerk im Alltag und im Kult kommt ebenfalls nicht zu kurz. Zudem werden auch Ernährung, Kleidung, Schmuck und Freizeitgestaltung genügend berücksichtigt.

Dr. Wolfgang Tulaszewski

„Jahrbuch zur Verfolgung und Diskriminierung von Christen heute – 2013“, Hrsg. Thomas Schirmacher, Ron Kubsch und Max Klingberg, hrsg. für den Arbeitskreis für Religionsfreiheit der Deutschen und Österreichischen Evangelischen Allianz, das Internationale Institut für Religionsfreiheit und die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Verlag für Kultur und Wissenschaft, Bonn, Band 22, 2013, kartoniert, 315 Seiten, 12,00 Euro, ISBN 978-3-86269-080-0.

Volker M. Schütterle berichtet von 300.000 Christen, die sich auf der Flucht befänden und um ihr Überleben kämpfen müssten. Das entspricht einem Sechstel der auf rund 1,9 Millionen Menschen geschätzten christlichen Gemeinden Syriens. Auf dem „Weltverfolgungsindex“ belegen die islamischen Staaten Saudi-Arabien, Afghanistan, Irak, Somalia, Malediven, Mali, Iran und Jemen die Plätze zwei bis neun. An zehnter Stelle folgt das gemischt religiöse ostafrikanische Eritrea. Erstmals sind auf der Liste der 50 schlimmsten Verfolgerstaaten die afrikanischen Länder Mali, Tansania, Kenia, Uganda und Niger vertreten. Hier wie auch in den nordafrikanischen Staaten des „Arabischen Frühlings“ sind Christen vor allem der Gewalt extremistischer Muslime ausgesetzt. Derzeit sei kein Ende der Ausbreitung des extremistischen Islam mit massiver Verfolgung und Vertreibung der christlichen Minderheit abzusehen. Auch im syrischen Bürgerkrieg würden Christen vor allem von ausländischen Islamisten ins Visier genommen. Das Land rückt auf dem Verfolgungsindex von Platz 36 auf 11 vor. Die Vertreibung von Hunderttausenden von Christen aus dem Irak in den Jahren 2007 bis 2009 ist derzeit ohne Parallele in der Religionswelt. Im Augenblick werden rund 100 Millionen Christen um ihres Glaubens willen verfolgt.

Die leicht verständliche und sehr übersichtliche Publikation enthält dazu zahlreiche Tabellen und Einzelheiten über die Lage der Christen in den verschiedenen Krisengebieten. Trauriger Spitzenreiter bleibt dabei das kommunistisch regierte Nordkorea, wo nach Schätzungen 50 000 bis 70 000 Christen in Arbeitslagern laut „Open Doors“ zu Tode gefoltert werden. Ihren Glauben können die etwa 200.000 bis 400.000 Christen unter den 24 Millionen Einwohnern nur heimlich leben, weil sie als Staatsfeinde angesehen werden. Mit Misstrauen haben christliche Hilfswerke und Menschenrechtsorganisationen die Neujahrsansprache des Diktators Kim Jon Un zur Kenntnis genommen, in der er eine Entspannungspolitik gegenüber Südkorea und wirtschaftliche Reformen angekündigt hatte.

Größere Lichtblicke in Sachen Religionsfreiheit bietet die Volksrepublik China. Sie ist auf dem Weltverfolgungsindex von „Open Doors“ von Rang 21 auf 37 zurückgefallen. Die Regierung sehe zwar weiterhin nicht-staatliche Hauskirchen als illegal an. Doch sofern sie bestimmte Beschränkungen einhielten, könnten sie ihre Gottesdienste ungestört feiern, so das Hilfswerk. Mindestens 100 Christen säßen ihres Glaubens wegen im Gefängnis. Schätzungen über die Zahl der Christen in China variieren stark. Die Regierung spricht von 24 Millionen in staatlich anerkannten Gemeinden, davon 18 Millionen Protestanten und sechs Millionen Katholiken. Andere Experten geben bis zu 130 Millionen an.

Dr. Wolfgang Tulaszewski